WASSERLEITUNGSORDNUNG DER GEMEINDE MILS BEI IMST

Auf Grund des § 18 der Tiroler Gemeindeordnung 2001, LGBl. Nr. 36/2001, i.d.F. 90/2005, hat der Gemeinderat der Gemeinde Mils bei Imst in seiner Sitzung vom 10.07.2007 für den Versorgungsbereich der Gemeindewasserleitungsanlagen folgende Wasserleitungsordnung erlassen:

§ 1 Betriebszweck

Die Gemeindewasserversorgungsanlage dient der Versorgung aller Grundstücke im erschließbaren Bereich der Anlage mit Trink-, Nutz- und Löschwasser innerhalb des Gemeindegebietes Mils bei Imst sowie des Ortsteiles Grieshaus der Gemeinde Schönwies.

§ 2 Anschluss- und Benützungszwang

- (1) Der erschließbare Bereich umfasst alle Grundstücke bis zu einer Entfernung von 100 Metern zur Gemeindewasserversorgungsanlage. Für alle im erschließbaren Bereich der Gemeindewasserversorgungsanlage gelegenen Gebäude und sonstigen baulichen Anlagen besteht Anschluss- und Benützungszwang.
- (2) Nicht unter Anschluss- und Benützungszwang fallende Grundstücke können über Antrag an die jeweilige Gemeindewasserversorgungsanlage angeschlossen werden, wenn dadurch der Gemeinde keine zusätzlichen Belastungen erwachsen.
- (3) Innerhalb des erschließbaren Bereiches der Gemeindewasserversorgungsanlage kann die Gemeinde den Anschluss verweigern, wenn die Zweckwidmung bzw. Verwendung eines Grundstückes (Gebäudes) eine außergewöhnlich große Beanspruchung der Gemeindewasserversorgungsanlage erwarten lässt bzw. verursacht oder wenn deren Lage übermäßige Zuleitungs-, Benützungs- und Erhaltungskosten verursacht, es sei denn, dass sämtliche Mehrkosten vom Anschlusswerber getragen werden.

§ 3 Trennstelle

Die Lage der Trennstelle zwischen der öffentlichen Wasserversorgungsanlage und der privaten Wasserleitung wird wie folgt festgelegt:

- (1) Als Trennstelle zwischen Grundleitung und öffentlicher Wasserversorgungsanlage wird eine gedachte Schnittlinie festgelegt, die, sofern die öffentliche Wasserversorgungsanlage im öffentlichen Gut verlegt ist, 1 Meter außerhalb des öffentlichen Gutes verläuft.
- (2) Ist die öffentliche Wasserversorgungsanlage in anderen Grundstücken verlegt, so liegt die Trennstelle 1 Meter außerhalb der öffentlichen Wasserversorgungsanlage.
- (3) Die Trennstelle ist die Maueraußenseite eines Gebäudes, wenn das Gebäude an das öffentliche Gut grenzt oder davon nicht weiter als 1 Meter entfernt ist.

§ 4 Anschlüsse

- (1) Die Gemeinde erstellt auf Kosten des Anschlusswerbers den Anschluss an die Gemeindewasserversorgungsanlage, den Einbau einer Absperrvorrichtung sowie den Einbau einer Anschlussleitung bis zur Trennstelle.
- (2) Die Kosten für die Errichtung von Anschlüssen an die Gemeindewasserleitung, die bereits vor Baubeginn bzw. Erwerb eines Grundstückes seitens der Gemeinde bis zur Trennstelle errichtet wurden, werden auf die jeweiligen Anschlusswerber umgelegt.
- (3) Die bis zur Trennstelle von der Gemeinde verlegte Anschlussleitung wird Teil der Gemeindewasserversorgungsanlage.
- (4) Die Herstellung der Grundleitung ab der Trennstelle bis zum Wasserzähler hat der Eigentümer der anschlusspflichtigen Anlage, nach vorheriger Anzeige bei der Gemeinde Mils bei Imst, auf eigene Rechnung zu veranlassen. Insbesondere ist darauf zu achten, dass die Anschlussleitung frostsicher verlegt wird. Die Gemeinde ist berechtigt bestimmte Rohre und Isolierungen für die Grundleitung vorzuschreiben. Die Instandhaltung der Grundleitung ab der Trennstelle obliegt dem Eigentümer der anschlusspflichtigen Anlage.

Die private Zuleitung eines Abnehmers darf erst in Betrieb genommen werden, wenn die Gemeinde über Antrag die Zuleitung geöffnet und der vorgesehene Wasserzähler eingebaut ist.

- (5) Haupthähne bzw. Schieber im Bereich der öffentlichen Anschlussleitungen dürfen nur mit Zustimmung der Gemeinde betätigt werden.

§ 5 Wasserlieferung

- (1) Die Wasserlieferung erfolgt grundsätzlich ohne Beschränkung. Es sind jedoch sämtliche Ausläufe mit Sperreinrichtungen zu versehen und Wasserverschwendungen jeglicher Art sind zu unterlassen.
Öffentliche Brunnen werden nach Bedarf und Wasservorrat beliefert; das Anschließen von Wasserschläuchen für private Zwecke ist verboten.
- (2) Bei einem Wechsel im Grundstücks- (Gebäude) Eigentum an einem an die Gemeindewasserversorgungsanlage angeschlossenen Grundstück (Gebäude) hat der bisherige Grundstücks-(Gebäude-)Eigentümer den Wasserbezug abzumelden und der neue Grundstücks-(Gebäude-) Eigentümer diesen wiederum anzumelden.

§ 6 Messung des Wasserverbrauches - Wasserzähler

- (1) Die von den Abnehmern verbrauchte Wassermenge werden durch den ÖNORMEN entsprechende Wasserzähler festgestellt. Als verbraucht gilt jede Wassermenge, die aus welchen Gründen auch immer, aus der Anlage (Zuleitung) des Abnehmers läuft. Jeder Abnehmer hat für den Wasserzähler einen zugänglichen und frostsicheren Platz zur Verfügung zu stellen.

Der Abnehmer ist verpflichtet, allen mit dem Ablesen oder sonstigen Arbeiten an Wasserzählern Beauftragten der Gemeinde jederzeit Zutritt zu gestatten. Ist der Zutritt oder das Ablesen des Wasserzählers des Abnehmers nicht möglich, kann die Gemeinde, unbeschadet vorstehender Verpflichtungen den Wasserverbrauch einschätzen und die geschätzte Wassermenge in Rechnung zu stellen.

- (2) Die Gemeinde stellt für jede Anschlussleitung in der Regel nur einen, im Eigentum der Gemeinde verbleibenden Wasserzähler, der zur Ermittlung des Gesamtverbrauches des Grundstückes dient, zur Verfügung.

Festlegung von Art und Größe, Einbau, technische Überwachung, Instandhaltung sowie Ausbau der Wasserzähler obliegen der Gemeinde. Für den Einbau notwendige Absperrvorrichtungen und Verbindungsstücke werden vom Beauftragten der Gemeinde gegen Ersatz der Kosten geliefert.

Die Verwendung weiterer Zähler nach dem Hauptwasserzähler durch den Abnehmer ist zulässig. Die Kosten der Beschaffung, des Einbaues, der Instandhaltung und des Ablesens derselben bleiben ausschließlich dem Abnehmer überlassen. Das Ergebnis einer solchen Zählung bildet keinerlei Grundlage für eine Verrechnung mit der Gemeinde.

Der Wasserverbrauch in Ställen von viehhaltenden Betrieben ist mit einem eigenen Wasserzähler zu messen. Der Einbau dieser Zähler erfolgt, wenn Wohn- u. Wirtschaftsgebäude gemeinsam an einer Hausanschlussleitung angeschlossen sind und es sich daher um Subzähler handelt, kostenlos durch die Gemeinde.

- (3) Bei unbebauten Grundstücken, bei Gebäuden ohne frostsicheren Raum und in Fällen, in denen lange Zuleitungen oder sonstige Erschwernisse auftreten, muss der Wasserzähler in einem frostsicheren und wasserdichten Zählerschacht untergebracht werden. Der Abnehmer hat den Zählerschacht stets zugänglich, sauber und in einem guten Zustand unfallsicher zu erhalten.
- (4) Die gemeindeeigenen Wasserzähler werden von der Gemeinde auf eigene Kosten entsprechend den gesetzlichen Vorschriften in regelmäßigen Zeitabständen amtlich geeicht, ausgewechselt und Instand gesetzt.
- (5) Einem Abnehmer steht es frei, jederzeit eine Überprüfung des Wasserzählers zu beantragen. Die hiebei entstehenden Kosten gehen zu Lasten der Gemeinde, wenn die Abweichung der eichamtlich zugelassenen Toleranzgrenze 10 Prozent nach oben hin überschreitet, sonst zu Lasten des Abnehmers. Das Prüfergebnis des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen ist für den Abnehmer und die Gemeinde bindend.

Ist nach dem Prüfergebnis die zulässige Fehlergrenze überschritten, so werden diese, allerdings nicht über die Dauer des vorhergehenden Ablesezeitraumes hinaus, berichtet. Die Berichtigung der Wasserrechnung erfolgt entsprechend der Fehleranzeige bei 10-prozentiger Nennbelastung.

Wenn die Größe des Fehlers nicht einwandfrei festzustellen ist, oder wenn ein Wasserzähler überhaupt nicht angezeigt hat, ermittelt die Gemeinde einen Durchschnittsverbrauch, wobei sie den Verbrauch angemessener Zeitabschnitte vor und nach dem Versagen des Wasserzählers zugrunde legt. Vom Abnehmer nachgewiesene besondere Verhältnisse werden berücksichtigt.

- (6) Der Abnehmer ist verpflichtet, den Wasserzähler (einschließlich Verletzung der Plombenverschlüsse) vor Beschädigungen jeder Art, vor Einwirkungen Dritter, vor Abwasser, Grundwasser und Heißwasser, sowie vor Frost und Hitze zu schützen.

§ 7 Hydranten

- (1) Die an das öffentliche Versorgungsnetz angeschlossenen Hydranten dienen in erster Linie Feuerlöschzwecken. Zur Bedienung der Hydranten darf nur geschultes Personal eingesetzt werden.
- (2) Die Bewässerung von Grünanlagen aus Hydranten ist nur der Gemeinde für öffentliche Anlagen gestattet.
- (3) Der Wasserbezug aus Hydranten für private Zwecke bedarf einer besonderen Genehmigung der Gemeinde und ist von geschultem Personal wie Wasserwart oder Feuerwehr zu überwachen. Die Kosten für diesen Wasserbezug sind vom Wasserbezieher zu tragen.
- (4) Hydranten auf Privatgrundstücken müssen ganzjährig uneingeschränkt für Feuerlöschzwecke zugänglich sein.

§ 8 Wasserabgabe zu vorübergehenden Zwecke

Der Bezug von Wasser für vorübergehende Zwecke (z. B. Baustellen, Standrohre) ist rechtzeitig bei der Gemeinde zu beantragen. Der Antragsteller hat der Gemeinde alle Kosten zu ersetzen, die bei der Herstellung und Entfernung des Anschlusses und durch eine allfällig notwendige Bereitstellung eines Wasserzählers entstehen.

§ 9 Auskunftspflicht

- (1) Der Grundstücks-(Gebäude-)Eigentümer ist verpflichtet, alle für die Feststellung des Wasserverbrauches, die Errechnung der Gebühren und die Überprüfung des Zustandes der Zuleitungen sowie der Wasserzähler erforderlichen Auskünfte zu gewähren und Gemeindeorganen den Zutritt zu diesen Anlagen zu verschaffen. Die Gemeindeorgane sind zur Wahrung des Dienstgeheimnisses verpflichtet.
- (2) Werden bei einer Überprüfung nach Abs. 1 Mängel festgestellt, so sind diese binnen einer von der Gemeinde zu setzenden Frist zu beheben, widrigenfalls die Wasserversorgung eingestellt werden kann.

§ 10 Gebühren

Für den Anschluss eines Grundstückes an eine Gemeindewasserversorgungsanlage sowie für den laufenden Wasserbezug erhebt die Gemeinde Mils bei Imst Gebühren.

Für die Zurverfügungstellung von Wasserzählern werden Zählergebühren vorgeschrieben.

§ 11 Berechtigte und Verpflichtete

Die in dieser Verordnung festgelegten Rechte und Pflichten der Grundstücks-(Gebäude-) Eigentümer gelten sinngemäß auch für die Nutznießer des Grundstückes (Gebäudes).

§ 12 Strafbestimmungen

Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung können gemäß § 18 Abs. 2 TGO 2001 mit einer Geldstrafe bis zu 1.820,00 Euro bestraft werden. Strafbehörde ist der Bürgermeister.

§ 13 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft.

Der Bürgermeister:

Gebhard Moser

Angeschlagen am: 11.07.2007
Abgenommen am: 25.07.2007